

Nr. 33

Zum Tag der Menschenrechte
am 10. Dezember 2011

P.O.Box 150 825, D-10670 Berlin
Telefon (030) 825 85 52, Fax (030) 826 62 86
Postbank Berlin
Konto-Nr. 749 49-107 (BLZ 100 100 10)
e-mail: Liga-Iran@gmx.de
www.liga-iran.de

***Man kann nicht die Zerstörung von
Millionen Menschenleben aus dem
Charakter einer Person erklären.***

(Hans Mommsen)

Nach 30 Jahren – eine Sonderausgabe

Die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran besteht nun dreißig Jahre – recht lange also für eine Organisation, die sich nur auf die Menschenrechtsverletzungen in einem einzigen Land konzentriert. Wenn wir jetzt nach dreißig Jahren zurückblicken, stellen wir fest, dass wir da stehen, wo wir vor dreißig Jahren angefangen haben, dass sich die Situation der Menschenrechte im Laufe der Zeit nicht verbessert, sondern eher verschlechtert hat. So wäre ein neuer liga-report nichts anderes als die Wiederholung des vorherigen, der ja bereits die Wiederholung seiner Vorgänger war.

Dreißig Jahre lang haben wir mit Argusaugen die Verletzungen der Menschenrechte beobachtet und dokumentiert, uns bemüht, nichts zu übersehen und unser Wissen in Konferenzen, Seminaren, Kontakten mit Personen und Institutionen im In- und Ausland, Schriftsätzen, Protestschreiben, Presseerklärungen und Appellen an die zuständigen Behörden in Iran weiter zu geben.

An die tausend iranische Flüchtlinge haben wir direkt unterstützt und durch die „Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen in Iran“ dazu beigetragen, dass

Wohlfahrtsorganisationen, Anwälte und das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge für ein Bleiberecht argumentieren konnten. Außerdem haben wir deutsch- und persischsprachige Zeitschriften publiziert, die selbst in iranischen Gefängnissen wahrgenommen wurden, denn sie sind dort verhöhnt worden.

1978, als der Aufstand gegen den Schah und seinen Polizeistaat begann, lauteten die Parolen: „Für Freiheit“ und „Auflösung des Geheimdienstes SAVAK“. Und als die Erhebung von Erfolg gekrönt wurde, haben wir miterlebt, wie fanatische Islamisten die Parolen um den Begriff „Islamische Republik“ erweiterten. Nachdem die Aufständischen den Sieg errungen hatten und an die Macht gekommen waren, unterwarfen sie das gesamte Land und behaupteten, die Bevölkerung habe sich für den Islam und das System des velayat-e faqi (Herrschaft des Stellvertreters Gottes) entschieden. Im Namen der Religion übernahmen sie die Macht und arbeiteten stetig daran, diese zu erweitern und gewaltsam zu festigen. In den ersten Monaten ihrer Machtergreifung metzelten sie die Anhänger der Monarchie im ganzen Land gruppenweise dahin, was leider die gesamte Opposition billigte, indem sie die Arbeit der Revolutionsgerichte lobte und weitere Hinrichtungen forderte. Einige Monate später zitiert der SPIEGEL vom 1. Oktober 1979 Chomeini, der gegenüber Oriana Fallaci die Anordnung von weit über fünfhundert Exekutionen recht-

fertigt: „Sonst hätte das Volk jeden Schah-Diener hingerichtet.“ Ein Diktator sei er aber nicht, einerseits schmerze ihn dieser Vorwurf, „weil er ungerecht ist, andererseits ist es mir egal, weil ich weiß, dass diese boshaften Vorwürfe von unseren Feinden stammen.“

Und die Exekutionen wurden fortgesetzt, nur betrafen sie jetzt die Opposition. Tausende und Abertausende Oppositioneller, die an der Revolution beteiligt waren, wurden ohne Gerichtsverfahren, ohne juristischen Beistand im Gefängnis gefoltert und hingerichtet. Alles, was der Ideologie dieser Fanatiker widersprach oder ihnen nicht passte, wurde vernichtet. Sie bestimmten und bestimmen die Inhalte in Kunst, Musik, Film, Theater, Literatur, Umweltschutz, Freizeitvergnügen und Sport, ja sogar Kleidung, Essen und Trinken. Bei Überschreitung der islamischen Gesetze erfolgt Bestrafung – bis hin zur Todesstrafe. Sie schicken ihre Schlägertruppen aus, um Buchläden anzuzünden und Zeitungsredaktionen zu zertrümmern. Und Chomeini rief die Muslime im Ausland zum Mord an dem Schriftsteller Salman Rushdie auf.

In welchem Maße sich diese Fanatiker als Herren im Hause statt als Vertreter des Volkes empfanden, mag folgendes Beispiel verdeutlichen: Rafsandschani, der damalige Parlamentspräsident, gab seinerzeit bekannt: „Ich habe gesagt, man solle Syrien eine Million Tonnen Erdöl überlassen. Die Syrer kämpfen an der Front gegen Israel und gegen die Zionisten. Das ist von höchster Wichtigkeit.“ So wurde das Land regiert und ausgeplündert.

Frauen

Die einzigen, die dem System von Anfang an Widerstand geleistet haben, die nicht klein beigeben haben und in ihrem Kampf gegen die Ungleichheit immer mehr Anhänger gewinnen und erstarken, sind die Frauen. Allen Erniedrigungen, Peitschenhieben, Inhaftierungen, Hinrichtungen und Steinigungen zum Trotz haben

sie nicht aufgegeben, sondern sich phantasiereich allen möglichen Anordnungen widersetzt. Seit 1997 entstanden zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen zur Unterstützung von Frauen, Kindern, Journalistinnen, Anwältinnen und zum Schutz der Umwelt. 2006 wurde die Kampagne für eine Million Unterschriften ins Leben gerufen, die das Ziel hat, gegen die gesetzliche Benachteiligung von Frauen einzuschreiten. Zurzeit sind viele Frauenrechtlerinnen in Haft oder haben das Land verlassen, doch der Druck führt auch dazu, dass die Frage der Gleichberechtigung stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt.

Medien

Im Laufe dieser dreißig Jahre sind Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften, Büchern und Internetseiten verboten worden, Journalisten, Herausgeber, Blogger landeten im Gefängnis oder wurden gar hingerichtet. Mit dem „Halal-Web“ versucht die Regierung jetzt, ein islamisches Internet einzurichten, das islamischen Regeln entspricht. Durch den Ersatz des www-Netzes wird die Kontrolle über den Internetverkehr perfekt. Der Zugang zu Informationen anderer Netzwerkbetreiber wird sehr erschwert, die Meinungsfreiheit noch mehr unterdrückt, als bisher schon geschehen. Es sollte in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass europäische Unternehmen Technologie und Hilfe dafür zur Verfügung gestellt haben.

Auch Filmemacher und Schauspieler, besonders Schauspielerinnen unterliegen schärfster Kontrolle und werden verfolgt, sowie häufig inhaftiert.

Vor einiger Zeit ist der Regisseur Jafar Panahi wegen eines politischen Drehbuchs zu sechs Jahren Haft und zwanzig Jahren Berufs- und Ausreiseverbot verurteilt worden. Sein Mitarbeiter Mohammad Rassoulof erhielt ebenfalls eine Gefängnisstrafe. Seit September 2011 sitzen sechs unabhängige Filmemacher im Gefängnis, weil sie sich durch die Zusammenarbeit mit der BBC der Spionage schuldig gemacht hät-

ten. Es ist schwer, sich als Künstler in Iran zu behaupten.

Politische Organisationen

Fast alle Parteien, Gewerkschaften, Vereine, die sich dem Regime nicht anpassten, wurden im Verlauf der dreißig Jahre verboten. Organisationen, die heute noch existieren, unterstehen einem islamischen Komitee, das sie bespitzelt. So erging es beispielsweise der Anwaltskammer. Dutzende von Anwälten sitzen im Gefängnis, haben Berufsverbot oder sind geflüchtet, weil sie es gewagt haben, einen Oppositionellen (einen Studenten, Journalisten, Gegner des Regimes oder eine Frauenaktivistin) zu verteidigen. Die Einschüchterung der Rechtsanwälte erfolgt mit System und führt dazu, dass kaum noch jemand den Mut hat, eine Verteidigung zu übernehmen.

Nur zu deutlich sieht man, dass nicht einmal die vom Parlament beschlossenen Gesetze befolgt werden. Stattdessen wird das Testament von Chomeini bemüht, das über jedem Gesetz stehe. 1995 drohte der Freitagsprediger Ahmad Dschannati jedem, der auch nur eine kleine Anzahl von Angehörigen der Hesbollah beleidige, werde man entgegentreten. Niemand dürfe dem Einhalt gebieten.

Geiselnahme

Wahrscheinlich ist die Islamische Republik Iran das einzige Land auf der Welt, in dem mit Billigung des Regimes Botschaften anderer Länder, nämlich zunächst die der U.S.A., deren Mitarbeiter 444 Tage als Geiseln zubrachten, und nun auch die des Vereinigten Königreichs besetzt wurden. Und die Geiselnahmen gehen weiter: Ausländische Journalisten und Touristen müssen als Druckmittel herhalten. Sie werden festgenommen, wegen „Spionage“ angeklagt, und später gegen eine hohe Kautions- oder im Austausch frei gelassen. Es ist nur natürlich, dass die Presse im Zusammenhang mit der am 29. November 2011 erfolgten Erstürmung und Plünderung der

britischen Botschaft in Teheran an die Botschaftsbesetzung von 1979 erinnert. Schlägertrupps und Angehörige der Bassidsch-Milizen, die sich als Studenten ausgaben, haben auf Anordnung von oben in dieser Weise auf die verschärften Sanktionen Großbritanniens wegen der Atompolitik der IRI reagiert.

Staatsterror

Dem Staatsterror fielen mehr als hundert Personen im In- und Ausland zum Opfer. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Mykonos-Prozess in Berlin und die Ermordung von Shahpur Bachtiar in Paris, dem letzten Premierminister vor der Revolution. In Iran wurde sogar eine staatliche Organisation für Selbstmordkommandos eingerichtet – so weit hat es das Regime gebracht.

Diplomaten suchen Asyl

Eine Anzahl iranischer Diplomaten hat im Ausland um Asyl nachgesucht, kein Wunder angesichts der Tatsache, dass die kleinste Äußerung von Kritik bereits als Widerstand gedeutet und verfolgt wird.

Leichter ausreisen können auch andere Persönlichkeiten, Geschäftsleute und Parlamentarier, die die doppelte Staatsangehörigkeit oder eine Green Card besitzen. So mancher von ihnen nimmt sich aber auch ein Beispiel an den Machthabern, den Revolutionsgarden, den Bassidschis und plündert das Land aus, wie kürzlich Amir Mansur Aria, Geschäftsmann und Inhaber einer privaten Bank, der die iranische Nationalbank und eine Filiale der Exportbank um drei Mrd. Dollar geprellt und sich nach Kanada, dessen Staatsbürgerschaft er besitzt, begeben hat.

Studenten

Seit den 80er Jahren kommen die Universitäten im gesamten Land nicht zur Ruhe. Trotz der „Säuberungen“ von unliebsamen Professoren und Dozenten, der Gründung von islamischen Studentenvereinen (Ver-

ein Islamischer Studenten), die die Aufgabe haben, unbequeme Studenten zu bespitzeln, und dem Einsatz von Hesbollah-Anhängern als Rektoren, kamen viele Studenten ins Gefängnis. Es ist nicht verwunderlich, dass die Studenten sich zu Protesten erhoben haben. Der Höhepunkt der Studentenunruhen wurde 1999 mit der Festnahme vieler Studenten und dem Tod eines Kommilitonen erreicht. Noch immer befindet sich eine Reihe von Studenten in Haft, weil sie 1999 auf dem Universitätsgelände gegen die Schließung der Zeitung „Salam“ protestiert hatten. Viele wurden vom Studium ausgeschlossen. Bei den Protesten zur Präsidentschaftswahl 2009 waren die Studenten aktiv dabei. Viele wurden niedergeschlagen, einige auf offener Straße ermordet. Kürzlich erhielt ein Student, der eine langjährige Haftstrafe wegen der Kritik an Ahmadinejad abgesessen hatte, vor seiner Entlassung noch an die 70 Peitschenhiebe!

Rauschgift

Bereits 1979 begann man damit, massenweise jene umzubringen, die mit Rauschgift handeln oder solches konsumieren. Man tut so, als ob Hinrichtungen abschreckend wirkten und Repression das Problem lösen würde – tatsächlich aber ist es eher umgekehrt! Iran zählt heute zu den Ländern mit dem höchstem Rauschgifthandel (die Zahl der Süchtigen liegt nahe bei vier Millionen, unter den Gefangenen beträgt ihr Anteil sogar 70%). Besonders synthetische Drogen wie Crystal werden gehandelt, weil sie preisgünstiger als Opium sind. In der Zeit zwischen Mai und September 2011 hat man dem Chef der Polizei zufolge landesweit 34.000 Personen wegen Rauschgifthandels verhaftet und 1.172 Kilogramm Crystal beschlagnahmt.

Gemessen an der Bevölkerung ist Iran das Land mit der höchsten Hinrichtungsrate der Welt. Selbst Jugendliche unter 18 Jahren wurden gehängt. Die Anordnung, die Vollziehung der Todesstrafe nicht öffentlich vorzunehmen, wird nicht mehr beachtet. Zum Teil steht das Publikum, darunter

auch kleine Kinder, bereits morgens um 5 Uhr an, um gut sehen zu können. Es sollen sich manchmal an die 20.000 Zuschauer zu einer Hinrichtung einfinden!

Ethnische Minderheiten

Die ethnischen Minderheiten werden seit Bestehen der IRI genau beobachtet. Die Kurden, die für ihre Identität und kulturelle Autonomie kämpfen, mussten schon 1979 viele Opfer hinnehmen. Dieser Druck hält noch heute an – im Laufe der Jahre wurden Tausende festgenommen, Hunderte hingerichtet. Nicht anders geht es den Belutschen, von denen mehrere Führer verhaftet und öffentlich hingerichtet wurden. Mit Repression und Gewaltanwendung hat man die Stämmen der Ghaschghais und der Bachtiaris sowie Araber und Luren verfolgt. Unter den Augen Tausender wurden die Führer der Ghaschghais vor dreißig Jahren öffentlich hingerichtet.

Religiöse Minderheiten

Obwohl sich die IRI damit brüstet, dass je ein Abgeordneter der Juden, Christen und Zoroastrier im Parlament sitzt, sind Angehörige dieser Buchreligionen verhaftet und hingerichtet oder ermordet worden. Ihnen allen ist untersagt, religiösen Bräuchen öffentlich nachzugehen, während die Bahais und Sufis (Derwische) überhaupt keine religiösen Riten anwenden dürfen. Den Kindern der Bahais wird die Schulausbildung verwehrt. Viele Bahais kamen in Haft. Seit Jahren sitzen über hundert Bahais im Gefängnis. Kürzlich wurde ein Gesetz verabschiedet, das besagt, dass derjenige, der mit seinem Pass nach Israel reist, mit 3-5 Jahren Gefängnis bestraft wird. (In Haifa befindet sich das Bahai-Weltzentrum). Allein im ersten Halbjahr 2011 kamen 207 Christen in Haft. In der Stadt Rascht (Hauptstadt der Provinz Gilan) befürchten Christen, dass ihr Pastor, der seit Juni inhaftiert ist, hingerichtet wird.

*Liebe Leserinnen und Leser,
zum Neuen Jahr wünschen wir alles Gute, Gesundheit und Erfolg!
Die Mitarbeiter der Liga/Iran*

Folter

Die Vorstellung, der politische Gefangene sitze in einer Zelle seine Strafe ab, ist irrig: Er wird gefoltert. Jede Folter zählt schon an sich zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen und ist international geächtet. Aber in der IRI werden besonders grausame Methoden angewendet: Vergewaltigung – seien es weibliche oder männliche Gefangene -, Beleidigung, Erniedrigung, Peitschenhiebe. Ein Beispiel möge belegen, wie krank die Gehirne der Gefängnisaufseher sind: Ein Journalist, dem monatelang das Baden untersagt war, litt unter starkem Juckreiz. Als er endlich zum Duschen aufgerufen wurde, erhielt er in der Duschzelle einen Eimer mit schwefelhaltigem Haarentferner, mit dem er seinen ganzen Körper einreiben musste, da er andernfalls keine Duscherlaubnis bekommen würde. Er willigte ein, weil der Wunsch zu duschen so stark war. Als er eingerieben war, hieß es plötzlich, er müsse zurück in die Zelle, der Gefängnisdirektor komme. So wurde seine Haut am ganzen Körper verätzt. Jahre später kam er unter Hausarrest, doch das psychische Leiden ließ nicht nach: Er warf sich schließlich aus einem Fenster im vierten Stock. Seine Frau und zwei Töchter leben im Ausland und konnten ihn nicht einmal beerdigen.

Politische Gefangene

Auf die Frage nach der hohen Zahl politischer Gefangener hat Ahmadinejad im Oktober 2011 in einem Interview mit CNN behauptet, in iranischen Haftanstalten befinde sich kein einziger politischer Gefangener!

Einen Monat später, im November 2011, unterzeichneten 36 politische Gefangene einen Aufruf zu den bevorstehenden Parlamentswahlen. Sie appellieren darin an die Bevölkerung, solange nicht an den Wahlen teilzunehmen, wie diese nicht frei seien. Die Sicherheitsbeamten haben von den Gefangenen verlangt, zu widerrufen und ihre Unterschrift zurückzuziehen, sonst würde die Haftstrafe eines jeden um fünf Jahre verlängert. Vor kurzem hat jemand vom Geheimdienst den ehemaligen Justizminister, der heute 92 Jahre alt ist, aufgesucht und gegenüber dessen Tochter die Drohung ausgesprochen, sie solle ihrem Vater mitteilen, dass er offene Briefe, Protestschreiben und Artikel gegen das Regime unterlassen müsse, sonst werde man ihm die Brille wegnehmen, damit er nichts mehr sehen könne, seinen Stift, damit er nichts mehr schreiben könne, und ihn in ein Altersheim bringen, dessen Anschrift die Familie nie erfahren werde.

Wer hat die Macht?

Angesichts von Geheimdienst, Revolutionsgarden, Bassidsch-Milizen fragt man sich, wer eigentlich über die Macht im Land verfügt, das ja durch Präsident, Parlament und Religiösen Führer den Anschein erwecken will, es gehe alles nach Recht und Gesetz zu. Aber bei genauerer Betrachtung erkennt man, dass die „Gewählten“ machtlos sind. Mir Hossein Musawi, der 2009 für die Präsidentschaftswahlen kandidierte, war von 1981 bis 89 Premierminister, in einer Zeit, als Oppositionelle massenweise gefoltert und hinge-

richtet wurden. Bis heute hat er dazu nicht Stellung genommen, geschweige denn ein Wort des Bedauerns über die Lippen gebracht! Seine Frau hat ihren Vor- und Nachnamen nach der Revolution islamisiert. Als Leiterin einer Universitätsfakultät hat sie zu damaligen „Säuberungen“, Entlassungen von Professoren, Protesten der Studenten geschwiegen. Heute trägt sie das Banner der Freiheit. Mehdi Karrubi, der zweite der später geächteten Präsidentschaftskandidaten, war als Parlamentspräsident im August 2000 zu feige, um zuzulassen, dass das Pressegesetz zugunsten der Presse (damals waren Hunderte von Zeitungen verboten) geändert wurde. Als Chamenei schriftlich die Rücknahme des Entwurfes anordnete, wischte Karrubi diesen mitten in der Debatte über das Pressegesetz mit der Begründung vom Tisch, das sei ein Befehl des Staates. Auch seine Frau Fateme Karrubi hat sich keine Lorbeeren verdient: Von 2000 bis 2002 saß sie im Schwurgericht für Presseangelegenheiten, um mitzuentcheiden, welche Zeitungen zu verbieten seien.

Im Mai 1997 wurde Chatami zum Präsidenten gewählt. Trotz des großen Rückhalts in der Bevölkerung nutzte er die Macht nicht, sondern sah zu, wie Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften verboten wurden, wie Tausende verhaftet wurden, und wie Schriftsteller, Intellektuelle und Politiker Serienmördern zum Opfer fielen. Jeden neunten Tag werde er in eine neue Krise gestürzt, sagte er, ohne zu sagen, von wem. Mohadscherani, sein Minister für Kultur und islamische Führung, sagte zum Verbot der Zeitung Tus in einem Interview in Beirut, das finde er richtig. Wäre er im Schwurgericht für Presseangelegenheiten, hätte er auch für das Verbot gestimmt. Und was sagte Chatami dazu? Nichts. Schamchani, sein Verteidigungsminister, äußerte 1979, als er als Befehlshaber der Pasdaran in Kurdistan kämpfte: „Aus Kurdistan machen wir einen Garten, den wir mit den Konterrevolutionären düngen.“ Und wirklich – er hat die Kurden niedergemetzelt.

(Erhebt sich da nicht die Frage, was dieser Mensch im Kabinett von Chatami machte.)

Einen Tag, nachdem Ali Akbar Dschavanfekr, der Pressesprecher von Ahmadinejad, der Zeitung Etemad ein Interview gegeben hatte, wurde diese verboten. „Täglich konfrontiert man mich mit neuen Krisensituationen“, zitierte er Ahmadinejad. Im Interview hatte Dschavanfekr berichtet, er sei angerufen worden, als Ahmadinejad den Rücktritt seines Geheimdienstministers angenommen hatte. „Die rufen mich an und fordern, dass ich der Presse nichts von der Annahme des Rücktritts mitteile.“ Wer regiert eigentlich in diesem Land, wer ruft an, warum sagt es der Pressesprecher nicht? In dem Interview sprach Dschavanfekr von einer Person, die sechzig Tage in Einzelhaft gesteckt worden war und fuhr fort: „Es ist nicht so, dass wir die Macht haben, zu tun, was wir wollen, vorladen und in Untersuchungshaft nehmen können, wen wir wollen.“ Schließlich gab der Pressesprecher selbst zu: **„Es sitzen so viele Unschuldige in Haft.“**

Wer gibt die Befehle? Wer nimmt wen fest? Wer sind die Unschuldigen in Haft? Einer Mauer aus Schweigen stehen wir gegenüber. Seit dreißig Jahren kämpft die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran gegen diese Mauer.

In der IRI haben zu viele das Sagen, die aus dem Hintergrund agieren oder denen es an Wissen – sei es in wirtschaftlichen, sozialen, politischen oder kulturellen Fragen – mangelt. Nehmen wir nur einige Beispiele: Zur Herstellung der politischen Ordnung schlägt der Leiter des Revolutionsarchivs im Februar 2010 vor, erneut wie in 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts Massenhinrichtungen vorzunehmen. Abgesehen von seiner Brutalität zeugt dieser Vorschlag auch von seiner Naivität, denn erstmals wurde damit offiziell zugegeben, dass damals Massenhinrichtungen stattgefunden haben.

2011 schlägt ein Parlamentsmitglied der Kommission für Recht zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit vor (von 183 Ländern der Welt rangiert Iran an 144. Stelle), dass nur jeweils ein Familienmitglied arbeiten solle. Der Rest der Familie – d. h. besonders die Frau – solle sich um Kinder und Küche kümmern, denn der Kindergarten koste Geld. Er sei kürzlich in Saudi-Arabien gewesen und habe nirgends eine Frau öffentlich arbeiten sehen.

Was für einer Gefahr wäre nicht nur der Nahe Osten ausgesetzt, wenn solche Leute in den Besitz von Nuklearwaffen kämen!

Atompolitik

Die Liga ist prinzipiell gegen Nuklearwaffen – besonders gefährlich sind diese aber in Ländern, in denen Recht und Gesetz nicht beachtet werden. Seit dreißig Jahren herrscht in Iran Willkür, und es werden die Menschenrechte mit Füßen getreten. Ein solches Regime sollte nicht einmal Atomkraftwerke für friedliche Zwecke besitzen.

Seit 10 Jahren spielen die Machthaber mit der ganzen Welt und der IAEA in der Atompolitik Katz und Maus, das ist eine lange Zeit. Jetzt muss alles unternommen werden, um die Machthaber in der IRI vom Besitz von Nuklearwaffen fernzuhalten.

Schlusswort

Zum Abschluss noch eine Feststellung: Heute, nach dreißig Jahren Arbeit für die Menschenrechte in Iran sehen wir, dass es Hunderte von Iranern gibt, die sich als Menschenrechtsaktivisten bezeichnen. Das erfüllt uns mit Freude.

Es war hart, dreißig Jahre für die Menschenrechte einzutreten und gegen jene zu arbeiten, die diese Rechte verletzen. Es kostete Mühe, Nerven und viel Zeit. Ohne die Hilfe deutscher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, von Freunden und einer großen Anzahl von Iranern, sei es in Iran oder Europa oder auch in Amerika hätten wir es nicht geschafft.

Danke!

An diesem liga-report haben mitgearbeitet:

Dr. Heide Kressin, Mahmoud Rafi, Pari Rafi, Kurt Scharf

Verantwortlich für den Inhalt:

Mahmoud Rafi, Vorstand der Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran



Diplomatische Verbannung

Freitag, 2. Dezember 2011

SZ-Zeichnung: Pepsch Gottscheber

Irans Verwundbarkeit

Von Paul-Anton Krüger

Revolutionen leben von ihren Mythen, und revolutionäre Regime nicht weniger. Wer Mythen beschwört, der fordert Gefolgschaft ein – und verschleiert auch sein eigenes Versagen. In Iran hat diese Taktik Tradition seit den frühen Tagen der Islamischen Republik. Dennoch fällt die Erstürmung der britischen Botschaft durch „revolutionäre Studenten“, ermutigt von den vorangegangenen Tiraden des Obersten Führers Ali Chamenei, aus dem Muster des üblichen Propaganda-geheils. Der Vorfall zeugt vielmehr davon, dass sich das Regime entgegen all seiner Rhetorik in die Enge getrieben sieht. Sichtbar ist nun, wie das System kriselt und ausgehöhlt ist.

Irans Macht in der Region erodiert. Die USA haben in Saddam Hussein zwar Teherans gefährlichsten Feind erledigt und ziehen aus Irak ab, bald auch aus Afghanistan. Mancher amerikafreundliche Potentat ist schon gestürzt. Aber die in Teheran bejubelten Revolutionäre des arabischen Frühlings wollen nichts von Chomeinis Modell des Gottesstaates wissen. Der wichtigste Verbündete, Syriens Diktator Baschar al-Assad, kann sich nur noch mit Brutalität am eigenen Volk an der Macht halten. Die arabischen Golfstaaten zeigen sich entschlossen, Iran einzudämmen, und lassen sich von Washington dafür aufrüsten.

Diese wachsende Isolation ließe sich für das Regime aber noch ertragen, ebenso wie die UN-Sanktionen. Solange Milliarden Öl-Dollars allein die Staatskasse mehr als zur Hälfte füllen, kann sich Iran in einer globalisierten Welt alles kaufen – auch wenn dafür überhöhte Preise zu zahlen sind. Zugleich kann das Regime mit massiven Subventionen die ärmeren Schichten bei Laune halten und ein Patronage-System finanzieren. So wird in allen ideologischen Gruppierungen Loyalität geschaffen, die Nutznießer sitzen überall im Machtgefüge.

Dieser Mechanismus ist für den Bestand des Regimes überlebenswichtig. Und exakt diesen Mechanismus hat die Regierung in London ins Visier genommen, als sie alle Verbindungen zum iranischen Finanzsektor kappte, auch jene zur Zentralbank. Iran den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten zu verwehren und seine Öl- und Gasexporte mit Sanktionen zu belegen – das sind vermutlich die einzigen Mittel, die das Regime treffen und vielleicht noch beeindrucken können. Europa kommt dabei die Schlüsselrolle zu, denn hier hat Iran anders als in den USA erhebliche wirtschaftliche Interessen. China, Russland und andere Staaten könnten die entstehende Lücke nicht nahtlos füllen.

Derart einschneidende Sanktionen sind jetzt nötig im Atomstreit mit Iran.

Der Streit steht im Kern des Konflikts nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit regionalen Rivalen und der Weltgemeinschaft. Der jüngste Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA hat keine Zweifel gelassen, dass Irans Nuklearprogramm militärische Teile hat. Das heißt nicht, dass derzeit Sprengköpfe gebaut werden. Iran verschafft sich aber alles, um „virtuelle Atommacht“ zu werden, wie es der frühere IAEA-Chef Mohamed ElBaradei formuliert hat. Das Wissen zum Bau der Bombe besitzt das Regime bereits, ebenso Trägerraketen – durch großzügige Hilfe aus Pakistan, Nordkorea und eines Experten aus einer sowjetischen Atomwaffenschmiede.

Hochangereichertes Uran, die zweite Voraussetzung für den Bombenbau, hat man in Iran bislang nicht gefunden, aber das Land stockt seinen Vorrat mit geringerem Anreicherungsgrad auf. So wird die Zeit verkürzt, die man am Ende noch zur Herstellung eines Sprengkopfs benötigt. Nun reicht eine politische Entscheidung des Regimes, den Befehl zum Bau der Waffe zu geben. Technische Hindernisse gibt es nicht mehr. Als letzte Option galt bisher ein Angriff auf die Anreicherungsanlage in Natans. Dem beugt Iran nun vor und verlegt Uran wie Zentrifugen in einen Stollen bei Ghom, der im Wortsinn bombensicher ist.

Nach all diesen Erkenntnissen ist klar: So kann es nicht weitergehen. Der UN-Sicherheitsrat, die IAEA und auch die westlichen Staaten würden ihre Glaubwürdigkeit vollends einbüßen. Der Atomwaffensperrvertrag, die einzige Barriere gegen die weitere Verbreitung der Bombe, wäre an dem Tag wertlos, da Iran einen Sprengkopf testet. Ein nuklearer Rüstungswettlauf in der Region wäre die wahrscheinliche Folge.

Hoffnungen auf einen umfassenden Interessenausgleich, den *grand bargain* zwischen Iran und dem Westen sind fürs Erste dahin: US-Präsident Barack Obama hat angesichts der Wahl 2012 kaum Spielraum. Irans Regime ist durch den inneren Machtkampf paralysiert – er wird sich zur Parlamentswahl im März und der Präsidentenwahl im Jahr darauf weiter zuspitzen.

Deswegen geht es nun vor allem darum, ein Dilemma zu vermeiden: die Wahl zwischen einer iranischen Bombe und der Bombardierung Irans. Entschiedene Sanktionen der gesamten EU sind eine der letzten Botschaften, die Teheran noch verstehen wird. Zudem sollten Deutschland und die anderen Europäer ihren Einfluss in Moskau und Peking geltend machen. Gute Aussichten auf Erfolg bietet zwar auch diese Strategie nicht. Aber von allen schlechten Optionen ist sie die beste.